

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: drei News monatlich 2,50 RM (abdruck im Voraus), durch die Post 2,80 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Vorbehalt auf Verzögerung der Zeitung oder auf Zurückablagerung des Verlagspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17250. Postfach 18 000. Druckzeiten: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 16-18 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 24. September 1930 Nummer 223

Ein ungeheuerliches Raubprogramm der Brüning-Regierung

Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeiträge auf 6,5 Prozent / Auslieferung der Staatsbetriebe an das Privatkapital / SPD-Führer und Nazis für Durchführung dieses schändlichen Youngplans

Dresden, den 24. September.

Ungeheure Pläne des Reichsfinanzministeriums, das gegenwärtig die „Jahresrechnung“ vorlegt, werden durch die bürgerliche Presse bekannt. Die Regierung Brüning plant, die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung, die durch die Notverordnung auf 4 1/2 Prozent erhöht wurden, weiter

auf 6 - 6 1/2 Prozent zu erhöhen.

Trotz einem viele hundert Millionen betragenden Fehlbetrag im Reichshaushalt sollen die Besitzsteuern eine weitere Senkung erfahren. Nachdem bereits vor wenigen Tagen im Hinblick auf die Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Kapitalertragsteuern aufgehoben worden sind, plant die Brüning-Regierung die Herabsetzung der Gesellschaftsteuer von 4 auf 2, der Wertpapiersteuer von 2 auf 1 und die Ermäßigung der Umsatzsteuer um etwa ein Drittel. Um die dadurch ausfallenden Steuerbeträge wettzumachen, sollen

„Bestimmte im Besitz des Reiches befindliche Vermögenswerte an das Privatkapital veräußert“

alle Staatsbetriebe an die Kapitalisten veräußert werden. Schließlich soll mit der Anleihepolitik der Gemeinden durch eine

„Sanierung der Gemeindefinanzen“

d. h. durch Abbau der sozialen Ausgaben rücksichtslos Schluß gemacht werden.

Dieses ganze ungeheuerliche Raubprogramm soll in Form von Gesetzen an Stelle von Notverordnungen verabschiedet werden und damit zugleich die Grundlage für eine Mehrheitsbildung im Reichstag abgeben. Daß die SPD-Führer prinzipiell bereit sind, ihre Hand zu diesem verbrecherischen Anschlag zu bieten, geht aus einer

Erklärung Hilferdings

Kernvor, die in der Kölnischen Zeitung vom Dienstag veröffentlicht wird:

„Danach erklärte Dr. Hilferding auf Anfrage, daß die Einleitung der Sozialdemokratie gegenüber den Notverordnungen heute anders sein müsse als im vorigen Reichstag. Es sei zu bedenken, daß die Notverordnungen inzwischen zum größten Teil durchgeföhrt seien. Man würde also einen heillosen Wirrwarr schaffen, wenn man sie insgesamt aufhobe. Die Sozialdemokratie werde jedoch ihre Zustimmung zu den Notverordnungen und ihre soziale Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning davon abhängig machen, daß die Regierung die Bestimmungen in sozialdemokratischem Sinne ändere. Die Sozialdemokratie werde im neuen Reichstag also von Fall zu Fall entscheiden müssen, ob sie das Kabinett Brüning unterstütze oder nicht.“

Denselben Kurs der Unterstützung der Brüning-Diktatur schlägt die sozialdemokratische Reichsbannerleitung ein. In einem in der heutigen bürgerlichen Morgenpresse veröffentlichten

Aufruf, von Hörsing

unterzeichnet, heißt es u. a.:

„Wir fordern von den republikanisch-demokratischen Parteien, daß sie in kürzester Frist eine Regierung bilden ... Eine Regierung, die entschlossen ist, gegen Aufrührer und Auswiegler auch die Hilfe und Unterstützung der Staatsbürger auszubieten ... Hinweg mit allem, was vor und während des Wahlkampfes die Republikaner getrennt hat.“

Unter den Republikanern versteht Hörsing den Diktator Brüning, den Mahraun-Kandidaten und Finanzminister Dietrich, den General v. Seekt usw. Mit ihnen gemeinsam erklären sich die SPD-Führer bereit, den Raubzug der Bourgeoisie auf die Taschen des werktätigen Volkes durchzuführen und „gegen Aufrührer und Auswiegler“, d. h. gegen das sich mehrende Proletariat, die bewaffnete Macht der Bourgeoisie einzusetzen.

Belogen wurden die SPD-Arbeiter von ihren Führern während des Wahlkampfes. Verraten und verkauft an die Bourgeoisie werden sie nach dem Wahlkampf.

Hitters „üble Phrase“

Wie sich die SPD-Führer um die innerpolitische Durchführung des Youngplans bemühen, so auch die Koalitionspartner der Kapitalisten diktatur auf der anderen Seite, die Hitler und Kompanie.

Auf unseren im Reichstag eingebrachten Antrag auf Einstellung der gesamten Youngzahlungen antwortet der sächsische „Freiheitskampf“ mit den nachfolgenden Zeilen:

„Wir nennen diese neuesten kommunistischen Pläne als das, was sie sind: nichts als üble Phrase.“

Diese frechen Volksbetrüger, die vor den Wahlen mit ihrer angeblichen Kampfbereitschaft gegen Youngerfüllung die kleinbürgerlichen Wähler einspinnen, pfeifen heute auf den „deutschen Freiheitskampf“. Ihr Ziel ist das der SPD-Führer, sich als Helfer an den werttätigen Massen Deutschlands zu erweisen, um damit von der Bourgeoisie schwerbezahlte Staats-

pfründe zu erhalten. In dieser Linie liegt auch eine Mitteilung des sächsischen Beobachters von heute morgen, wonach

an die Bildung eines großen nationalen Blocks im Reichstag von Westarp über Eugenbergs bis Hitler gedacht sei. Mit einem solchen Block könne man nicht nur den Reichspräsidenten ersetzen, sondern gebe Hindenburg damit auch die verfassungsmäßige Möglichkeit der Regierungsbildung durch Eugenbergs und Hitler.

Klar sind die Fronten ausgerissen. Auf der einen Seite der konzentrierte Angriff der Bourgeoisie auf das Proletariat, unterstützt von SPD-Führern und Faschisten auf der anderen Seite die kommunistische Partei, die im schärfsten Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Trabanten die Millionen von Ausgebeuteten formiert zum Kampf um die soziale und nationale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes.

„Durchführung der Notverordnung wird mit allen Mitteln verhindert“

KPD-Mittweida erzwingt Stadtverordneten-Beschluß / Wo bleiben die anderen Gemeinden? / Delegiert zur Landeskonferenz der revolutionären Gemeindefunktionäre

Mittweida, 24. September.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung stand folgender Antrag der KPD-Fraktion zur Beratung:

1. Das Kollegium erhebt schärfsten Protest gegen die Steuernotverordnung und verlangt sofortige Zurückziehung derselben.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, diesen Beschluß der Reichsregierung zu unterbreiten und bei der sächsischen Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sachsens Einspruch erhebt.
3. Die Erhebung und Eintreibung der durch die Notverordnung verordneten Steuern, soweit selbige für die Stadt in Frage kommen, wird im Bereich der Stadt Mittweida nicht durchgeföhrt.
4. Die Stadtverordneten sind entschlossen, sich gegen die

Notverordnung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Mit den Stimmen der SPD, der Nazis und von drei bürgerlichen Vertretern wurde dieser Antrag angenommen.

Es ist notwendig, daß sofort in einer Einwohnerversammlung Stellung zu diesem Beschluß genommen und ein Komitee gegen Steuerdiktatur gegründet wird. Die Landeskonferenz der revolutionären Gemeindefunktionäre Sachsens, welche am 27. und 28. 9. in Dresden, Reglerheim, Friedrichstraße, tagt, wird sich eingehend mit der weiteren Fortführung des Kampfes beschäftigen. Alle KPD-Fraktionen müssen vertreten sein.

Ueber 1 Million ausgesteuerte Erwerbslose!

Dresden, den 24. September.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung ist die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in der ersten Hälfte des Monats September um 15 000 gestiegen, die Zahl der Gesamtarbeitslosen um 103 000, so daß jetzt die bei den Arbeitsämtern registrierten Erwerbslosen die Höhe von 2 983 000 erreicht haben. Nur 1 962 000 davon erhalten Haupt- bzw. Nebenunterstützung, die übrigen 1 021 000 sind auf die Wohlfahrtspflege angewiesen und erhalten zum Teil überhaupt keinen Pfennig Unterstützungsgeld.

Auch in Sachsen steigt die Erwerbslosenziffer rapid an. Der Bericht des Landesarbeitsamts Sachsen stellt fest, daß am 15. September 421 458 Arbeitssuchende gemeldet waren, wovon nur 285 185 Unterstützung erhalten. Die Steigerung der Erwerbslosenziffer wird in der zweiten Septemberhälfte eine noch viel wesentlichere sein. Zehntausende Arbeiter wurden allein in Sachsen in diesen Tagen aufs Straßenspflaster geworfen und die Zahl von über 400 Betriebsstilllegungen, die von den Unternehmern angemeldet sind und die Zustimmung erhalten dürften, sind nicht nur der Ausdruck der verschärfenden kapitalistischen Krise, sondern auch das Zeichen, daß die Millionarmee der Arbeitslosen immer mehr wächst.

Aber all diese Tatsachen berühren die Gewerkschaften nicht. Statt den Kampf zu führen um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, schlagen sie den Unternehmern

Heute Schandschiedspruch!

Metallarbeiter u. Erwerbslose, rüftet zum Kampf!

Dresden, den 24. September.

Bei den gestern hier ausgenommenen Verhandlungen im sächsischen Metallarbeiterkonflikt konnte noch nicht in allen Punkten einige Einigung erzielt werden. Die Verhandlungen werden heute vormittag fortgesetzt und im Laufe des Tages soll der Schandschiedspruch, der einen Raub an den Metallarbeiterlöhnen vorsieht, gefällt werden. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hüllt sich nach wie vor in eisiges Schweigen. Sie antwortet nicht auf die von uns veröffentlichten Fragen, weil sie weiß, daß diese den Tatsachen entsprechen.

Höchste Zeit ist es, daß die Metallarbeiter aufmarschieren, daß sie in den Betrieben zu den Verhandlungen Stellung nehmen, daß sie Streikleitungen wählen, die Aufnahme des Kampfes organisieren.

Erwerbslose Dresdens! Zieht vor die Metallbetriebe! Unterstützt die im Betrieb stehenden Metallarbeiter! Zeigt Solidarität! Führt gemeinsam den Kampf gegen Lohnraub, für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und für 20 Pfennig Stundenlohnerhöhung, für Brot und Arbeit auch für euch!